



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 18. März 2014

P132017

11.449 Parlamentarische Initiative, Publikation von Erwachsenenschutzmassnahmen; Vernehmlassungsverfahren

://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz.

Begründung

Gemäss Vorschlag der Rechtskommission des Nationalrates sollen Drittpersonen neu beim Betreibungsamt Auskunft verlangen können, ob eine Massnahme des Erwachsenenschutzrechts besteht, welche mit einer Einschränkung oder dem Entzug der Handlungsfähigkeit verbunden ist. Damit würde aber ein Grundpfeiler des neuen Erwachsenenschutzrechts - erst rund ein Jahr nach dessen Inkrafttreten – aufgegeben, ohne dass ein Bedarf hierzu nachgewiesen ist. Selbst wenn ein solcher Bedarf an Auskunft zu bejahen wäre, vermöchte der Vorschlag der Rechtskommission sein erklärtes Ziel gar nicht zu erfüllen, weil er bei der Interessensabwägung entscheidende Aspekte nicht bzw. nur unzureichend berücksichtigt.

